

ANDREAS OPLATKA: GESCHICHTLICHES IN DER GEGENWART

Das erste Wort, das ich hier zu sprechen habe, ist das des Dankes. Ich danke Ihrer Vereinigung für die mir zuteil gewordene Ehre, die ich als besonders gross empfinde angesichts der Tatsache, dass ich der erste Träger des von Ihnen ins Leben gerufenen Preises bin. Ich danke sodann Herrn Professor Rudolf de Châtel für die freundlichen Ausführungen, die er meiner Tätigkeit gewidmet hat. Und ich danke Ihnen allen, die mich hier mit Ihrer Präsenz ehren.

In diesen Dank — dass ich es nur gestehe —, mischt sich ein wenig Rührung und auch eine Spur Verwunderung. Rührung, weil es meine Geburtsstadt ist, in der diese Feier stattfindet, und Verwunderung, weil ich mich ein Berufsleben lang an den Spruch gewöhnt habe, mit dem unsereiner aus akademischem Mund so oft und so schnell abgetan wird: „Ach, der ist doch nur ein Journalist“.

Meine Damen und Herren, was ich hier vor Ihnen nun unternehmen will, ist zwar kein Versuch zur Ehrenrettung des Journalismus, wiewohl zugunsten und zulasten dieses — leider von keinem Diplom und keiner Zulassung geschützten — Metiers in der Tat manches zu sagen wäre. Ausgehen möchte ich indessen von meiner Berufssituation, die, ich gebe zu, ein wenig seltsam wirken mag: Ich habe 35 Jahre lang als Redakteur und politischer Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung gearbeitet, und mich nun zuletzt mit einer Biographie des Grafen Széchenyi unter die Historiker eingereiht, was mir die Universität Wien mit der Vergabe einer Dozentur sogar amtlich bestätigt hat.

Vorexerzieren möchte ich nun Ihnen, dass die beiden Berufe, die des Journalisten und des Historikers, nicht unvereinbar sind, sondern sogar Hand an Hand gehen sollten. Der politische Kommentator, so meine ich, hat auf historischer Grundlage zu denken, und ich war schon immer der Ansicht, dass die Politik die Verlängerung der Geschichte in die Gegenwart ist, dass sie auch als ein Produkt der Vergangenheit begriffen werden muss. Der Gegenstand, dem ich mich hier in diesem Sinne widme, fasziniert mich seit langem. Es geht um einen Vergleich zwischen bestimmten Aspekten der heutigen politischen Lage in Ungarn und in der Tschechischen Republik, und ich befasse mich als Ausgangspunkt mit dem ungarischen Volksaufstand von 1956 und dem Prager Reformfrühling von 1968. Meine These, die ich voranstelle, ist die folgende: Ich behaupte, dass die Ereignisse von 1956 und 1968 viele Ähnlichkeiten aufwiesen, dass aber die Unterschiede in ihrem Ablauf verschiedenartige Wirkungen gezeitigt haben, die in Ungarn und in Tschechien politisch bis zum heutigen Tag spürbar sind.

Ich beginne mit den Ähnlichkeiten. In Ungarn wie in Tschechien — der Einfachheit halber lasse ich die Slowakei weg — handelt es sich um Länder, die — im Gegensatz zu Russland — im Verlauf der Jahrhunderte mit westlichen geistesgeschichtlichen Phänomenen in enge Berührung gekommen sind: mit dem römischen Recht, der Wirkung der Westkirchen, der Renaissance und dem Humanismus, der Reformation und der Aufklärung. Es handelt sich somit um Gesellschaften, die in der Neuzeit vom europäischen Individualismus geprägt sind. Die ihnen nach 1948 aufgezwungene totalitäre, ideologisch-kollektivistische, pseudokirchliche sowjetische Herrschaft bedeutete folglich in beiden Ländern eine fremde Art der Machtausübung, die auf die Dauer weder die Ungarn noch die Tschechen akzeptierten.

Sowohl 1956 als auch 1968 handelte es sich um einen Befreiungsversuch. Die Beweggründe waren die gleichen, und die Ziele, so wenig Zeit für ihre Formulierung blieb, waren es auch. Letzten Endes ging es in einem wie im anderen Land darum, den Spielraum für die nationale Selbständigkeit und die bürgerlichen Freiheitsrechte zurückzugewinnen, kurz, eine den Traditionen und Mentalitäten des Landes gemässe Form des öffentlichen und privaten Lebens wiederherzustellen.

Sowohl im einen wie im anderen Fall war es die Linke, die im Vorfeld der Gärung stand, Gruppen reform-kommunistischer Intellektueller in Ungarn, der Reformflügel der herrschenden Partei in der Tschechoslowakei. Anders konnte es denn auch schwerlich sein, wo doch andere politische Richtungen längst mundtot gemacht und ihre Organisationen zerschlagen worden waren. In Budapest wie in Prag stand eine charismatische Figur an der Spitze der Bewegung, Imre Nagy und Alexander Dubcek, der eine wie der andere ein Nationalkommunist, zu dessen Menschlichkeit die Massen Vertrauen hatten. Doch sowohl die Führung um Imre Nagy als auch diejenige um Alexander Dubcek war bald gezwungen, hinter den Ereignissen herzurennen, der Bevölkerung, die mehr wollte, nachzugeben.

In Budapest, wo sich die Geschehnisse eruptiv im Verlauf von einigen wenigen Tagen abspielten, war es gleich von der ersten Stunde an offenbar, dass die zu neuem politischem Bewusstsein erwachte Öffentlichkeit sich mit dem Einparteiensystem nicht mehr zufrieden geben würde; sie forderte freie, pluralistische Wahlen, sie knüpfte an die Mehrparteien-Demokratie an, die es in Ungarn in den Nachkriegsjahren 1945 — 1947/48 gegeben hatte. In der Tschechoslowakei stand der Partei unter Dubcek vom Januar 1968 bis zu den Sommermonaten mehr Zeit zur Verfügung, die Führung schien die Lage besser im Griff zu haben. Doch ähnliche Zeichen wie in Ungarn, die darauf hindeuteten, dass das Einparteiensystem nicht mehr haltbar sein würde, kamen ebenso bald zum Vorschein. Wenn es in der Formulierung des neuen Aktionsprogramms der KPC hiess, die Partei werde die Macht künftig nicht automatisch besitzen, sondern durch ihr Verhalten und ihren Dienst an der Bevölkerung „verdienen“, dann lag die Folgerung nahe, dass das entscheidende Wort dem Volk, dem Stimmbürger an den Wahlurnen gehört. Das vom Schriftsteller Ludvík Vaculík verfasste „Manifest der 2000 Worte“ rief denn auch die Mitbürger dazu auf, ihre Möglichkeiten zur Kontrolle der Macht wahrzunehmen, selber politische Initiative zu entfalten und gegebenenfalls aus Protest das Mittel des Streiks zu benutzen.

Wir wissen aus den Memoiren des tschechischen Reformkommunisten Zdenek Mlynár, dass die Führung um Dubcek die Schaffung des Mehrparteiensystems erwog und vorsichtig damit rechnete, die politische Pluralität könnte Ende der siebziger Jahre Wirklichkeit werden. Bereits im Sommer 1968 zeigte es sich aber, dass sich die Bevölkerung dieses Ziel wesentlich schneller vornahm, und dabei die Parteispitze unter unerwartet grossen Druck setzte. Hier knüpfte das Land an die demokratischen Traditionen von Masaryks Republik der Zwischenkriegszeit an, an Überlieferungen, welche der kommunistische Staat offensichtlich nicht hatte zum Verschwinden bringen können. Dass aber die Bürgerinnen und Bürger sich artikulieren, dass sie sich verständigen konnten, über ihre eigenen Wünsche, ihre politischen Vorstellungen, ja über den Zustand der Gesellschaft im Bilde waren, das lag an der von Dubcek gewährten Pressefreiheit. Ähnlich wie in den Revolutionstagen in Ungarn zeigte es sich, was es bedeutet, wenn die Zungen sich lösen, was die aufklärende und aktivierende Rolle der freien Medien für die Demokratisierung bewirkt.

Es lag an den Zeitumständen, nicht zuletzt am Ansehen des damaligen Jugoslawien, wenn in der Wirtschaftsstruktur im einen wie im anderen Land — durch Professor Ota Siks Modell in Prag und durch die Gründung von Arbeiterräten in Budapest — nach einem dritten Weg gesucht wurde. Und es hatte mit aussenpolitisch-taktischer Einsicht zu tun, dass sowohl Imre Nagy als auch Alexander Dubcek solange wie möglich das Vertrauen der Sowjetunion zu erhalten suchten und jeden Gedanken an einen Wechsel hinüber ins westliche Lager demonstrativ ablehnten. Dass Nagy schliesslich am 1. November 1956 die Mitgliedschaft im Warschaupakt kündigte und die Neutralität Ungarns ausrief, war eine Verzweiflungstat, ein Versuch zu retten, was sich allenfalls noch retten liess. Halten wir — im Widerspruch zu etlichen westlichen historischen Darstellungen — sehr entschieden fest, dass Ungarns Austritt aus dem Warschaupakt damals nicht die *Ursache*, sondern die *Konsequenz* des sowjetischen Beschlusses war, in das Land neue Truppen zu schicken und den Aufstand niederzuschlagen.

Meine Damen und Herren, nach diesem ersten summarischen Vergleich bin ich nun bei den Unterschieden angelangt. Die Hauptsache lässt sich einfach genug sagen: Als Reaktion auf die sowjetische militärische Invasion gab es in Ungarn einen bewaffneten Widerstand. In der Tschechoslowakei gab es keinen.

Eine andere Frage wäre, warum in Ostmitteleuropa es in erster Linie schon immer die Ungarn und die Polen waren, die gegen fremde Besetzer und Herrscher zu den Waffen griffen. Andeutungsweise sei soviel gesagt: Das Bewusstsein nationaler Eigenständigkeit und einstiger Grösse, die Erinnerung an die früheren mächtigen Königreiche, all das ist in Mitteleuropa in Ungarn und in Polen am lebendigsten geblieben. Ungarn wie Polen kennt deshalb die in Jahrhunderten gewachsene Tradition des Freiheitskampfes, die historischen Überlieferungen eines Adels, der für das Land notfalls auch das Leben aufs Spiel zu setzen bereit war.

Dass es im Herbst 1956 zum Blutvergiessen kam, lag aber auch an anderen, unberechenbaren Umständen. Die Kämpfe in Budapest in den späten Stunden des 23. Oktober 1956 loderten spontan, nach einer Provokation der Geheimpolizei auf, und das Eingreifen der Sowjettruppen goss erst recht Öl ins Feuer. Niemand beherrschte die Lage in Budapest, es gab in den ersten Tagen des Aufstands keine politische Führung, die den Ereignissen hätte steuern können.

In Prag hingegen, wo wiederum seit vier Jahrhunderten die Gewaltlosigkeit, der Verzicht auf bewaffneten Widerstand, Tradition hat, verfügte die Führung um Dubcek in der Nacht vom 21. August 1968 grundsätzlich über die Möglichkeit, die tschechoslowakische Armee gegen die Invasoren des Warschaupakts einzusetzen. Wir wissen, dass sie diese Option erwog und namentlich mit dem Argument verwarf, dass der Schiessbefehl zu einem Blutbad führen, am Endergebnis aber nichts ändern würde.

Der Blutzoll in den beiden Ländern nahm sich denn auch sehr ungleich aus. Nach den Schätzungen, die wir heute kennen, kostete der Volksaufstand von 1956 auf ungarischer Seite rund 2500 und auf Seiten der Sowjetarmee etwa 1800 Tote. Gemäss den Forschungen des Historikers Kieran Williams, von dem eines der besten Bücher über den Prager Frühling stammt, gab es demgegenüber in der Tschechoslowakei in den Monaten August und September als Folge der Invasion 72 Ziviltote. Und nun missverstehen Sie mich nicht. Es liegt mir fern, die eine oder andere historische Leistung nach der Anzahl der ausgelöschten Menschenleben werten zu wollen. Ja, ich bin nicht einmal sicher, ob es wirklich eine Rangordnung zwischen dem bewaffneten Widerstand und dem Verzicht auf Waffengewalt gibt.

Menschlich kann ich die Gründe der tschechoslowakischen Führer in der Nacht vom 21. August sehr wohl nachvollziehen, und ich habe seinerzeit zu denen gehört, die den lange dauernden, erfindungsreichen und gewitzten passiven Widerstand der tschechischen Bevölkerung, die Verachtung und die Irreführung, mit denen sie den Invasoren begegnete, sehr bewunderten. Daran hat sich meinerseits bis heute nichts geändert.

Gefragt aber, meine Damen und Herren, war damals nicht die Meinung von unsereinem, nicht unsere „kleinbürgerlich humanistische Gefühlsduselei“, um mich in der Sprache der sowjetischen Machthaber auszudrücken. Entscheidend fiel 1956 und 1968 vielmehr ins Gewicht, zu welchen Schlüssen die Herren des Kremls kamen, was Chruschtschow und Breschnew sowie die anderen Sowjetgewaltigen beschlossen. Deren Weltbild war aber nun einmal so geprägt, dass die tollkühne, opferreiche militärische Gewaltanwendung der Ungarn auf sie Eindruck machte. Den friedlichen, passiven Widerstand der Tschechen hingegen begriffen sie nicht, sie legten ihn als Zeichen der Schwäche aus.

Weshalb das? Ich meine nicht, dass die Russen von ihrer Natur her gewalttätiger wären als sonst irgend ein Volk. Wohl aber denke ich, dass Gewalt in der sowjetischen Denkweise eine andere, bei weitem bedeutendere Rolle spielte als in den westlichen Demokratien, die von Haus aus eher zu Verhandlungslösungen und Kompromissen neigen. Die Sowjetführer waren Ideologen, und die Lehre, in deren Namen sie herrschten und von der sie ihre Legitimität bezogen, stellte den Klassenkampf und damit die revolutionäre, gewaltsame Entscheidung in den Mittelpunkt; sie sah darin den Motor der Geschichte. Die Generation Chruschtschows und Breschnews hatte sodann noch erlebt, wie das Sowjetreich im Zweiten Weltkrieg, etwa im Spätherbst 1941, an den Rand des Zusammenbruchs geriet; in der notfalls gewaltsamen Behauptung des ostmitteleuropäischen Vorfelds sah sie daher eine Lebensnotwendigkeit. Bei den Gesprächen im Kreml Ende August 1968 bekam der nach Moskau verschleppte Dubcek von Breschnew tatsächlich zu hören, die Tschechoslowakei gehöre der Sowjetunion, die Rote Armee habe für das Land 1945 Blut vergossen, die sowjetischen Aussengrenzen verliefen folglich an der tschechischen Westgrenze.

In dieser Optik, in der die Aussenwelt und die zu ihr unterhaltenen Beziehungen vornehmlich in Kategorien der militärischen Stärke erschienen, brachte der bewaffnete Widerstand den Ungarn in Moskau etwas Respekt ein; der gleiche Respekt blieb den Tschechen versagt. Nicht dass die Sowjetführung das kleine Ungarn nun gefürchtet hätte. Aber sie hatte die Erfahrung gemacht, wozu dieses Land im äussersten Fall bereit war, sie wünschte aus verständlichen Gründen keine Wiederholung des Geschehenen und zeigte sich — nachdem die Periode der grausamen Vergeltung mit vielen Todesurteilen und Kerkerstrafen abgeklungen war — bis zu einem gewissen Grade bereit, den Ungarn eine Sonderbehandlung zuteil werden zu lassen. Und da die ungarische Führung unter János Kádár sich ihrerseits bemühte, den kleinen Freiraum zu nutzen und auszuweiten, wurde Ungarn zur fröhlichsten Baracke und zum Land des Gulaschkommunismus, wie all die doch eher bitteren denn zutreffenden Bezeichnungen damals lauteten.

Wohlverstanden, die Sowjetunion gestand Ungarn keine Freiheit zu. Aber die grosse Freiheit besteht aus vielen kleinen Freiheiten, und deren Zahl war in diesem Land von den späten sechziger Jahren an doch bedeutend grösser als beispielsweise in der DDR oder in der Tschechoslowakei nach 1969, von Ceausescus Rumänien nicht zu sprechen. Bei aller Unvollkommenheit der Zustände war das Leben unter den Satelliten Moskaus doch in Ungarn am erträglichsten, und diese Zeit der relativen, aber wichtigen Erleichterungen hat

das Land, hat die heutige ältere Generation den Aufständischen von 1956 zu danken, jenen zumeist jungen Arbeitern, die im Oktober und November jenes Jahres auf den Strassen von Budapest ihre Haut zu Markte trugen.

Vor dem friedlichen Verhalten der Tschechen empfanden die Sowjetführer dagegen keine Achtung ähnlicher Art. Dieses Land bekam folglich keine Erleichterungen, sondern das eisig neostalinistische Regime des Gustav Husák, eine rigide Herrschaft, die bis 1989 fortbestand. Der Schriftsteller Heinrich Böll nannte die Tschechoslowakei jener Jahre einen geistigen Friedhof, und erinnert sei tatsächlich daran, dass am 15. März 1989, als in Budapest eine der ersten grossen freien Demonstrationen stattfand, die ungarischen Manifestanten unter anderem die Freilassung Václav Havels forderten, der damals in der Tschechoslowakei nach abermaligen politischen Prozessen wieder einmal im Gefängnis sass. Merkwürdig übrigens, dass Husák 1968 noch selber zu den Befürwortern der Reform gehört hatte. Als er 1969 an der Parteispitze Dubcek ablöste, machten sich nicht wenige Hoffnungen, dass er — vielleicht nach Umwegen —, aber letzten Endes doch einen freieren Kurs steuern würde. Zweifelhaft, ob Husák solche Absichten hegte; höchst wahrscheinlich ist aber, dass ihm, selbst wenn er das gewollt hätte, der Spielraum dazu von Moskau nicht zugebilligt worden wäre. Anders als Kádár, der sich gegenüber dem Kreml auf die Ereignisse von 1956 berufen konnte, hatte Husák nichts in der Hand, mit dem er den Sowjets Konzessionen hätte abringen können.

Die siebziger und die frühen achtziger Jahre — dies war die Zeit, in der die Bürger der Tschechoslowakei mit Neid auf die politischen und wirtschaftlichen Zustände im südlichen Nachbarland Ungarn blickten. Das Blatt wandte sich aber nach 1989 auf seltsame Weise, und damit sind wir bei der Gegenwart angekommen. Die sanfte, paternalistische Diktatur in Ungarn hatte es ermöglicht, dass reform-orientierte Führer der herrschenden Partei — oder solche, die ihre angebliche Reformfreudigkeit gerade noch rechtzeitig entdeckten — zur Wende die Hand boten. Der Systemwechsel in Ungarn, der Umbruch der Jahre 1989/90, erfolgte, wie Sie wissen, auf der Grundlage von Rundtischgesprächen. Bei diesen Absprachen wurden manche Vertreter der kommunistischen Macht als Partner akzeptiert, und die Partei als Organisation überhaupt war imstande, die Wende in neuer Form, nunmehr als Sozialistische Partei zu überleben.

In der Tschechoslowakei hatte es demgegenüber keine Reformkommunisten gegeben, infolgedessen fand sich bei der Samtenen Revolution im November 1989 niemand, den die Strasse und die neuen politischen Kräfte, namentlich das neugegründete Bürgerforum, als Gesprächspartner hätten akzeptieren können und wollen. Wir sprechen gern von der Prager Samtenen Revolution und meinen damit — wieder einmal — die Gewaltlosigkeit, unter welcher der Wechsel sich damals vollzog. Aber in einer Hinsicht trifft die Bezeichnung weniger zu als beispielsweise auf die Vorgänge in Ungarn. Im Gegensatz zu den Vorgängen in Budapest machte nämlich die Revolution in Prag Tabula rasa, indem sie die bisherigen Machthaber gründlich aus dem Weg räumte. Selbst die neue kommunistische Partei der Tschechoslowakei (die heute in Tschechien erneut eine sonderbare Rolle als Zünglein an der Waage spielt) begann damals, Anfang 1990, ihre Tätigkeit damit, dass sie Gustav Husák und andere führende Funktionäre aus ihren Reihen ausschloss - wohl wissend, dass mit solchen kompromittierten Figuren kein Staat mehr zu machen war. Anders als in Ungarn, verabschiedete man in Prag ein Gesetz, das bestimmte Kategorien der ehemaligen Würdenträger des kommunistischen Regimes von der Teilnahme am öffentlichen Leben für fünf Jahre ausschloss, und ebenso wurde beim Neubeginn das Vermögen der Partei beschlagnahmt.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass dies in Ungarn anders verlief und dass man deshalb im politischen Leben dieses Landes bis heute mit den Gespenstern von gestern kämpft. Da es für mich hier nicht darum gehen kann, parteipolitisch in irgend einem Sinne Stellung zu nehmen, beschränke ich mich auf eine neutrale Feststellung: Die Tatsache, dass in Ungarn zahlreiche ehemalige Kommunisten und ihre Vorgängerpartei als Organisation nach wie vor präsent sind, bedeutet — zu Recht oder zu Unrecht, dies bleibe dahingestellt — auf jeden Fall ein Problem und eine Belastung der politischen Auseinandersetzung. Es ist mit Gewissheit in vielen Fällen in der Tat nicht zu sagen, nicht zu beurteilen, wo und wann bei den Herrschern vor 1989 der Egoismus, die Machtbesessenheit und die Statthalterdienste für fremde, sowjetische Interessen endeten und wo der Versuch begann, sich patriotisch für Ungarns Wohl einzusetzen. Persönlich denke ich, dass wir nicht jede offensichtliche Lügengeschichte zu akzeptieren brauchen, bei der Funktionäre von gestern ihre schwarze Vergangenheit blendend weiss zu übertünchen suchen. Ich meine aber, dass wir bei vielen persönlichen Schicksalen heute kaum mehr imstande sind, das Für und Wider gerecht abzuwägen, und dass wir mit dieser Ungewissheit wohl werden leben müssen.

Seltsame, wechselhafte Wirkung der Geschichte, sonderbare, bis heute spürbare Konsequenzen von Ereignissen, die bald schon vierzig bis fünfzig Jahre zurückliegen. Der Aufstand von 1956 mit seinem Gewaltausbruch verschaffte Ungarn in den siebziger und achtziger Jahren etwas leichtere Zeiten, eine sanftere Diktatur; indirekt ist er aber auch der Grund dafür, dass das Land 1989/90 keinen vollständigen politischen Wechsel, keinen lückenlosen Neubeginn hat vollziehen können. Die Tschechoslowakei litt nach 1968 zwei Jahrzehnte unter einem sturen, dogmatischen Regime, was aber 1989 dazu führte, dass die leitenden Gestalten aus den Jahren vor der Wende samt und sonders alle in der Versenkung verschwanden und das Land, so viele politische Probleme es auch hat, diese eine Belastung durch die überlebenden Ehemaligen des Einparteistaates nicht kennt.

Alles in allem — ein Beispiel dafür, auf welche sonderbare, auf welche wechselhafte Weise Geschichtliches in unser heutiges Leben immer noch hineinragen kann. Und somit darf ich mich für Ihre freundliche Aufmerksamkeit bedanken.

*Vortrag von Andreas Oplatka am 9. April 2005 am 14. Jahrestreffen des Humboldt-Vereins Ungarn, als er mit dem **Ungarischen Humboldt-Preis** der Stiftung der Ungarischen Humboldt-Stipendiaten ausgezeichnet wurde. Die Veranstaltung hatte im Spiegelsaal der Andrassy-Universität stattgefunden.*



Andreas OPLATKA, Dr. phil.

Geboren 1942 in Budapest. Emigration in die Schweiz im Spätherbst 1956. Germanistik- und Geschichtsstudium in Zürich und in Wien. 1968 bis 2004 aussenpolitischer Redakteur der Neuen Zürcher Zeitung sowie Auslandskorrespondent in Stockholm, Paris, Moskau und Budapest. 2004 Habilitation an der Universität Wien im Institut für Osteuropäische Geschichte. Dozent in Wien sowie an der Andrassy Universität in Budapest.